

**Bezugspreis**  
Die Halle monatlich bei zweimaliger  
Lieferung 1.10 Mark, vierteljährlich  
3.30 Mark, durch die Post 3.35 Mark  
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im anti-  
ken Zeitungs-Verzeichnis unter  
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellenangabe  
„Halle-Zeitung“ gestattet.  
Genuss der Schiedsrichterei Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153,  
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4699.

Morgen-Ausgabe.

# Halle-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

**Rayzeigen**  
werden die Geschäftsstellen  
und deren Raum mit 20 Vg. berech-  
net und in unfernen Annoncenstellen  
und allen Anzeigen-Geschäften an-  
genommen. Rayzeigen die Seite 1 bis  
Schluss der Anzeigen-Annahme  
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Rückstellungen  
von Anzeigenaufträgen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erscheint täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schiffelung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Dr. Braunsstraße 17,  
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 287.

Halle, Freitag, den 22. Juni

1917.

## Die Kämpfe auf der Hochfläche der 7 Gemeinden.

16 Offiziere und 650 Mann gefangen, 7 Maschinengewehre erbeutet.

### Die Nöte der französischen Handelsflotte.

Nach französischen Pressemitteilungen sollen die durch den Krieg verursachten Frachtraumverluste der Handelsflotte Frankreichs durch Verkauf ausländischer Schiffe wieder wett gemacht worden sein. Diese Mitteilung kann nicht ohne Kritik hingenommen werden. Die Nachricht sagt nichts über den Zeitpunkt, bis zu dem die Erzielung gelungen ist. Seit dem ersten Februar dieses Jahres dürfte die Ausfüllung der Lücken nicht mehr so glatt von statten gegangen sein. Denn einmal sind erheblich mehr und vielfach wesentlich größere Schiffe verrent worden als im früheren Verlauf des Krieges und ferner haben inzwischen fast alle neutralen Regierungen den Verkauf von Schiffen an das Ausland verboten. Es könnte sich also nur um einen Schiffsankauf bei den Verbündeten, insbesondere den Vereinigten Staaten, handeln. Wir glauben aber nicht, daß größere Schiffsraum von Nordamerika in französisches Eigentum übergegangen ist, da die Vereinigten Staaten selbst jede Tonne gebrauchten und ihre Schiffe bestenfalls zu Verbräuchen zur Verfügung stellen, nicht aber verkaufen. Gegen einen Verkauf würden sich aus triftigen Gründen sowohl die amerikanischen Reeder wie die Regierung der Vereinigten Staaten wehren. England kann unter den obwaltenden Umständen selbstverständlich nichts abgeben.

Selbst jedoch den Fall angenommen, es wäre Frankreich gelungen, bis heute die verlorene Tonnage aufzuholen, so würden damit die Frachtraumnöte noch keineswegs überwunden sein. Und zwar aus folgenden Gründen: Der Bestand der französischen Handelsflotte vor Beginn des Krieges umfasste etwa 1 1/2 Millionen Nettoregister-tonnen, wovon 500 000 Tonnage Segel- und 700 000 Tonnage Dampferkraft waren. Für den eigentlichen Leberbedarf blieben 1 Million Dampfer-tonnen. Vielleicht etwas mehr aber keineswegs wesentlich. Die Dampfer-tonnage war jedoch trotz aller Regierungsunterstützungen (für 1913 und 32 Millionen Franken Unterstützung für die französische Handelsflotte) teilweise geradezu unbrauchbar. Man muß nur einmal die früheren französischen Kammerdebatten über diese heikle Angelegenheit lesen. Aber selbst wenn der ganze Dampferfrachtraum bei Beginn des Krieges modernen Seeverkehrs-Anforderungen entprochen hätte und auch der Kriegsverlust durch brauchbare Schiffe ersetzt worden wäre, so würde doch der Gesamtfrachtraum der Handelsflotte Frankreichs den Einfuhrerfordernissen bei weitem nicht genügen, zumal die Erfordernisse, was den Leberbedarf angeht, im Kriege viel größer sind, als im Frieden. Französische Blätter stellen fest, daß sich der Frachtraumbedarf verdoppelt hat.

Solange England genügend Frachtraum zur Verfügung stellen konnte, war die Einbindung Frankreichs mit Kriegsmaterialien und Lebensmitteln zwar knapp, aber doch nicht unbedingt kritisch. Seit Februar dieses Jahres hat die Lage aber sehr wesentlich geändert. Das bemerken deutlich die erregten Kammerdebatten über den U-Boot-Krieg. Frankreichs Handelsflotte würde mehr und mehr auf sich selbst angewiesen. Es ist ausgeschlossen, daß sie bei noch längerer Dauer des Krieges, etwa über den Winter 1917/18 hinaus, die Versorgung des Landes noch erbringen kann. Es hinaus, die Versorgung des Landes noch erbringen kann. Sobald es kalt wird, dürfte sich insbesondere die Kohlenkrise wieder verschärfen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten, die ja nach allen Seiten helfen und ihre eigene Versorgung in Ordnung halten sollen, die schweren Nöte durchgreifend mildern können.

### Frankreichs Kriegsziele.

c. B. Köln, 20. Juni.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Die sozialdemokratische „Berliner Tagwacht“ berichtet über die jüngste Geheimhaltung in der französischen Kammer, die bekanntlich unter anderem auch die Erörterung der französischen Kriegsziele und die Forderung der russischen Regierung, diese für alle Verbandsmächte einer Überprüfung zu unterziehen, zum Gegenstande hatte. Nicht hat in dieser Geheimhaltung folgendes mitgeteilt: In einer Note, die Doumergue, der Kolonialminister im Kabinett Briand, im Januar dieses Jahres nach Petersburg gebracht hat, nachdem sie vorher zur Kenntnis der englischen Regierung gebracht worden war, seien die Kriegsziele der russischen Regierung mitgeteilt worden. Auf Grund dieser Note sei dann im Februar d. J. ein geheimes Abkommen zwischen der russischen und der französischen Regierung abgeschlossen worden, in dem Frankreich folgende Zusicherungen erteilt wurden:

1. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen zurück mit den Grenzen von 1790.
2. Frankreich erhält das Saargebiet.
3. Bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art von Vorkaufsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann. Aus dem Reste der Provinz aber soll in irgendeiner Form ein Vorkaufsrecht gebildet werden.
4. Frankreich erhält Syrien.

### Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 21. Juni. (Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsausflug.

In einzelnen Abschnitten der galizisch-wolynischen Front hat die feindliche Wirksamkeit bei Mitwirkung schwerer Artillerie sichtbar zugenommen. Auch die Flugtätigkeit war hier lebhafter.

#### Italienischer Kriegsausflug.

Auf der Hochfläche der sieben Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhig. Die Kämpfe in diesem Gebiete brachten uns seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und sieben Maschinengewehre ein. Im Colibron-Gebiete erfolgreiche Handgranatentämpfe. Sturmabteilungen haben am Bolselbe der Lagajoz Stellung die Bewegung eines Sprengtrickers durch den Feind verhindert.

Auf der Karst-Hochfläche wurden kleinere feindliche Unternehmungen abgewiesen.

#### Südbölicher Kriegsausflug.

Stellenweise Bandenkämpfe.

Der Chef des Generalstabs.

### Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 21. Juni abends. (Amtlich.)

Im Westen vorrittungslos südwestlich von Lang bei Baurillon und südlich von Nauroy lebhaftes Gefechts-tätigkeit. Sonst nichts Besonderes.

## Letzte Depeschen.

### Die deutschfeindlichen Ausschreitungen in Genf.

WTB. Berlin, 21. Juni. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Nach einem hier eingetroffenen amtlichen Bericht über die Ausschreitungen in Genf demonstrierte dort eine auf mehrere tausend Personen geschätzte Menge zunächst vor dem Hotel „Baurillon“ mit deutschfeindlichen Rufen und zog alsdann vor das kaiserliche Generalkonsulat, wo sie 3/4 Stunden saßen. Mehrere Fensterheben des Konsulatsgebäudes wurden durch Steinwürfe zerrüttet. Das Wappenschild wurde herabgerissen, aber von Polizisten dem Täter wieder abgenommen. Verleher wurde verhaftet.

Der kaiserliche Vertreter in Bern brachte auf die ihm aus Genf gemachte Meldung über die Ausschreitungen den Wunsch, sofort auf dem politischen Departement zur Sprache. Ein amtlicher Bericht lag demnach dort noch nicht vor. In der Annahme, daß der Vorfall sich der Meldung entsprechend zugestrichelt hat, sprach das politische Departement sein Bedauern aus. Weitere Schritte sind vorzusehen.

WTB. Genf, 21. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Das deutsche, das österreichisch-ungarische und das türkische Konsulat sind heute nacht von der Polizei bewacht worden. Am Mittwoch haben keine Kundgebungen stattgefunden.

### Die Hebung der Stimmung an der französischen Front unbedingt notwendig.

WTB. Bern, 20. Juni. Die französische Presse, die bereits verschiedentlich auf die Unlust unter den französischen Truppen hingewiesen hat, erklärt heute einstimmig, daß die Hebung der Stimmung an der Front unbedingt notwendig sei. Die Freilassung der alten Jahressklaffen würde sehr viel dazu beitragen, um die Stimmung im Innern und an der Front zu heben.

„Actio“ erklärt, daß die Engländer, die augenblicklich ein Viertel der Front in Frankreich innehaben, von der französischen Regierung wohl aufgegeben worden sind oder es noch werden, ein Drittel der Front zu übernehmen, wie es recht und billig wäre. Amerika würde gleichfalls einen Teil der französischen Truppen abstellen, was eine ungeheure Erleichterung für alle Franzosen bedeuten würde. Die französischen Truppen hätten dann in einigen Monaten nur noch die Hälfte der Front inne.

Die „Bataille Socialiste“ hofft, daß die diesbezüglichen Verhandlungen mit England doch zum Abschluß kommen.

Compté Morel schreibt in der „Humanité“: Die Entente hat keinen Grund, ein schnelles Ende des Konflikts zu erhoffen. Die Hauptfrage ist daher, zu verhindern, daß Müdigkeit und Entmutigung die Landesverteidigung schwächen.

### Ein Entente-Sozialisten-Kongress in London!

WTB. London, 20. Juni. (Neuter-Meldung.) Hendersons Besuch in England wird voraussichtlich dazu dienen, daß ein internationaler Kongress von Arbeitern und Sozialisten der verbündeten Länder nach London einberufen wird.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

### Scheidemann über Elsaß-Lothringen.

c. B. Stockholm, 18. Juni.

Auf wiederholtes dringendes Ersuchen russischer Journalisten hat Scheidemann folgende Antworten gegeben, aus denen sich ohne weiteres die Fragestellung ergibt:

„In Elsaß-Lothringen hat meines Wissens bisher kein Mensch ein Plebiszit verlangt. Alle Vertreter des Elsaß-Lothringischen Volkes, die bekanntlich auf Grund des allge-meinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt sind, haben wiederholt bis in die allerneueste Zeit hinein erklärt, daß sie nicht daran denken, sich von Deutschland trennen zu wollen. Sie verlangen lediglich volle Gleichstellung Elsaß-Lothringens als selbständigen Bundesstaat mit allen übrigen deutschen Bundesstaaten. Das ist eine Forderung, die sich durchaus deckt mit derjenigen, die die Sozialisten Frankreichs und Deutschlands bis zum Ausbruch des Krieges in vollkommener Uebereinstimmung aufgestellt haben. Außerhalb Deutschlands wird bei Erörterungen über Elsaß-Lothringen fast immer vergessen, daß es sich um ein Land handelt, das bis auf etwa 10 Prozent französisch ist und in dem nur etwa 11,5 Prozent der Gesamtbevölkerung überhaupt französisch verkehren. Elsaß-Lothringen wurde im 17. Jahrhundert gewaltsam durch Frankreich von Deutsch-land losgerissen, 1870 von Deutschland zurückgenommen. Deshalb ist es absolut unverständlich, daß auch die französischen Sozialisten sich in der Elsaß-Lothringischen Frage so vollkom-men feldherrlich erklären mit den nationalitätlichen Kreisen Frankreichs.“

Die Frage, warum die Mehrheit der Deutschen Sozialdemokratie gegen ein Plebiszit sei, zeigt auch, wie wenig man im Auslande die Stimmung des deutschen Volkes gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen kennt. Es ist mir nicht bekannt, — so führt Scheidemann fort —, daß irgend welche Unterschiede in der Beurteilung dieser Frage bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen des deutschen Sozialismus. Ich glaube, daß in der Elsaß-Lothringischen Frage alle Deutschen eines Sinnes sind.

Gegenüber der in den Ententeländern verbreiteten Anschauung, daß die deutsche Regierung, verfolgt auf einfluß-reiche Kreise imperialistische Tendenzen, gestützt auf Scheidemann: „Deutschland hat während 44 Jahren Frieden gehalten. Ich will nicht die Kriege alle aufzählen, die in dieser Zeit von den uns jetzt feindlich gegenüberstehenden geführt worden sind und die einen wirklich aggressiv-imperialistischen Charakter tragen. Es ist richtig, daß es bei uns auch einfluß-reiche Kreise gibt, die imperialistische Kriegsziele aufgestellt haben. Tatsache ist aber auch, daß diese Kreise in Deutsch-land nicht den Einfluß gewinnen konnten, den sie in Eng-land und Frankreich immer noch haben. Das deutsche Volk führt den letzten Krieg lediglich zu seiner Verteidigung ge-genüber den aggressiv-imperialistischen Kriegszielen, die von feindlichen Regierungen wiederholt und noch bis in die letzte Zeit verhandelt worden sind.“

Es will mir übrigens scheinen, daß das deutsche Volk auf seine Regierung herab einen erheblichen größeren Einfluß ausüben vermag, als das in den sogenannten demokratischen Staaten der Fall ist. Das geht nicht nur aus den Parla-mentsverhandlungen hervor, sondern es wird meines Erachtens auch sehr gut illustriert durch das Verhalten der Regierungen in der Paziffrage. Daß die Demokratisierung in Deutschland fortschreitet, ist gewiß. Ich kann übrigens nur wünschen, daß die Demokratisierung auch in England, Frank-reich und Amerika fortschreite, wo die Regierungen sich im Besitz einer kleinen imperialistisch-faktualistischen Interessen-sphäre ist, aus deren Händen die Masse des minder bemittel-ten Volkes ihr Schicksal entgegennehmen muß. In Deutsch-land ist der Einfluß der Demokratie wenigstens stark genug zu verzeichnen, daß diese imperialistisch und nationalitätlich orientierten Kriegspolitiker das Heft in die Hand bekommen. Erst wenn auch jene anderen Länder wirklich demokratisiert sind, das heißt die Massen des Volkes entscheidend sind, werden wir hoffen dürfen, einen Zustand dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu erreichen.“

Die gestrige französische Morgenpost beurteilt die Ant-wort der deutschen Sozialisten auf dem holländisch-landti-nawischen Fragebogen im allgemeinen sehr abfällig. — „N-gara“ schreibt u. a.: Die deutsche Sozialdemokratie stellt uns — „Gaulois“ erklärt, die deutsche Sozialdemokratie wolle sich durch Verwirklichung ihres Programms für ihren Stroh-holmer Mißgeschick rächen. — „Action française“ schreibt, die französischen Sozialdemokraten würden trotz der falschen Däwe die Notwendigkeit, auf Stockholm zu verzichten, nicht ein-sehen.

### Die französischen Sozialisten und Elsaß-Lothringen.

WTB. Paris, 20. Juni. (Agence Havas.) Der zur Beantwortung der Stockholmer Frage erkrankte Ausfüh-rer der Sozialistenpartei wird heute aufgenommen. Ein Mitglied des Unterausschusses zur Prüfung der Friedensfrage erklärte







